

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-1157/7-1992

Eisenstadt, am 19. 10. 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
arbeitsvertragsrechtliche Bestimmungen
an das EG-Recht angepaßt werden (Arbeits-
vertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG)
und andere Gesetze geändert werden;
Stellungnahme.

Telefon (02682)-600
Klappe 2220 Durchwahl

zu Zahl: 56.717/3-I/92

Betrifft GEBETZENTWURF	
Zl.	-GE/19.....
Datum: 22. OKT. 1992	
Verteilt 23. Okt. 1992	

An das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Stubenring 1

1010 Wien

Zu dem mit obbez. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem arbeitsvertragsrechtliche Bestimmungen an das EG-Recht angepaßt werden (Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz - AVRAG) und mit dem das Arbeitsverfassungsgesetz, das Angestelltengesetz, das Gutsangestelltengesetz, das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz und das Mutterschutzgesetz 1979 geändert werden, erlaubt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenden Interessen kein Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen besteht.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:

Dr. Gschwandtner eh.

E.d.R.d.A.

Beule

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 19. 10. 1992

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Allen Ämtern der Landesregierungen (z.H. der Herren Landes-
amtsdirektoren),
3. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:

Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

